



Tarifrunde Öffentlicher Dienst 2004/05

Nein zu Privatisierung, Lohnverzicht und Arbeitszeitverlängerung

- kämpfen statt kapitulieren
- für einen bundesweiten Streik im Öffentlichen Dienst

Die Bundesregierung verlangt in der Tarifrunde 2005 des öffentlichen Dienstes eine Nullrunde. Obendrauf soll die Reform zum Tarifrecht des öffentlichen Dienstes (Prozessvereinbarung) zur dicken Minusrunde für die Beschäftigten werden. Die im Tarifabschluss 2003 vereinbarte „Kostenneutralität“ der Tarifreform haben die Arbeitgeber vertragswidrig aufgekündigt. Sie verlangen massive Lohnabsenkungen, Öffnungsklauseln und flexible und unbezahlt verlängerte Arbeitszeiten.

➔ Bilanz Tarifabschluss 2003

Im Tarifvertrag von 2003 wurde das Urlaubs- und Weihnachtsgeld auf die seit 1994 geltende Regelung festgeschrieben. Trotzdem haben die Bundesländer und der Bund den Tarifvertrag gebrochen und bereits im Juni 2003 die Vereinbarung über die Sonderzahlungen gekündigt. Innenminister Schily hatte ver.di bei Tarifabschluss die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf die BeamtInnen zugesagt.

Aber nach Motto „was kümmert mich mein Geschwätz von gestern“ verhängte er per Gesetz eine 3-monatige Verspätung der Besoldungserhöhung. Gleichzeitig beschloss die rot-grüne Bundesregierung im Sommer 2003 Öffnungsklauseln für BeamtInnen. Bund, Ländern und Kommunen wurde frei Hand gegeben für die beliebige Kürzung von Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie die Verlängerung von Wochen- und Lebensarbeitszeit für die BeamtInnen. In allen Bundesländern – egal ob CSU/CDU, SPD, Grüne, PDS an der Regierung – wurde daraufhin den BeamtInnen die Arbeitszeit unbezahlt auf bis zu 42 Stunden erhöht, gleichzeitig das Urlaubsgeld gestrichen und das Weihnachtsgeld gekürzt. Arbeitgeber des indirekten öffentlichen Dienstes sprangen auf den Tarifdumping-Zug auf und kündigten reihenweise Tarifverträge. So die Tarifgemeinschaft der gesetzlichen Rentenversicherung, Wohlfahrtsverbände wie die Arbeiterwohlfahrt (AWO), kirchliche Träger, die Bundesagentur für Arbeit und viele mehr.

➔ Arbeitszeitverlängerung

Im März 2004 kündigte die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) auch noch die Tarifverträge zur Arbeitszeit. Das Land Hessen, die Unikliniken in Baden Württemberg, die Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten und einige Landkreise sind ganz aus dem öffentlichen Arbeitgeberverband ausgestiegen und betreiben Tarifdumping. Andere öffentliche Betriebe erpressen Absenkungstarifverträge. Von den im öffentlichen

Dienst verhängten Wochenarbeitszeiten von 40 Stunden oder mehr sind schätzungsweise bereits 2,5 Millionen Beschäftigte betroffen. Das ist ein gigantisches Arbeitsplatzvernichtungsprogramm von Politikern die nicht aufhören zu betonen, dass oberstes Ziel ihrer Politik die Schaffung von Arbeitsplätzen sei. So hat z.B. das Land Nordrhein-Westfalen aufgrund der Arbeitszeitverlängerung für die BeamtInnen von 38,5 auf 41 Stunden 11.300 Stellen für „kw“ (künftig wefallend) erklärt. Da die Mehrarbeit nicht bezahlt wird, ist es gleichzeitig eine Lohnkürzung. Allein durch die Kürzungen bei den Sonderzahlungen verliert ein Beamter im mittleren Dienst um die 800 Euro im Jahr. Eine Arbeitszeitverlängerung von 38,5% auf 41 Stunden bedeu-

Samstag, 11. Dezember 2004 bundesweites Netzwerktreffen

11.00 bis 17.00 Uhr

Universität Kassel, Arnold-Bode-Str. 8

**Themen: Tarifrunde im Öffentlichen Dienst
und Bewegung gegen Sozialkahlschlag**

Weitere Infos: nächste Seite und
www.netzwerk-verdi.de und info@netzwerk-verdi.de
und per Telefon: 0178 / 7242442

tete eine weitere Gehaltskürzung von über 6,5%. Bei steigenden Lebenshaltungskosten, horrenden Zuzahlungen bei den Krankenkosten geht es den Beschäftigten damit an die Existenz. Die Kommunen versuchen ver.di in den derzeitigen Tarifverhandlungen zur Prozessvereinbarung zu erpressen. Sie verlangen, dass ver.di die Gehaltstarifverträge nicht kündigt. Damit wollen sie die Aufrechterhaltung der Friedenspflicht in den kampfstarken Bereichen und dadurch eine günstigere Position bei ihrer Erpressungs- und Spaltungsstrategie.

Sa, 11.12.2004

**17. bundesweites
Treffen des
„Netzwerkes für
eine kämpferische
und demokratische
ver.di“**

**11.00 bis 17.00 Uhr
Universität Kassel
Arnold-Bode-Str. 8,
Raum 0013/0114**

Alle KollegInnen sind herzlich eingeladen, sich an diesen Debatten zu beteiligen und ihre Erfahrungen einzubringen.

Vorschlag zur Tagesordnung:
siehe www.netzwerk-verdi.de

Anfahrtsbeschreibung:

Die Fernzüge halten in Kassel-Wilhelmshöhe. Mit der Linie 1 zum Holländischen Platz fahren, von da aus sieht man die Uni und dann auf einer Karte des Campus (hängt an den Eingängen) die Arnold-Bode-Str. suchen. Es werden von uns Wegweiser zum Raum aufgestellt.

Mit dem Auto fährt man am besten auf den Innenstadtring. An der Holländischen Straße abfahren und Parkplatz Holländischer Platz parken, weiter wie oben.

**➔ Gegen die Spaltung der
Beschäftigten**

Bund, Länder und Kommunen wollen alle den gleichen Lohnraub und die gleichen Angriffe auf die Arbeitszeit. Sie wenden dabei nur unterschiedliche Taktiken an. Gesetzliche Verordnungen gegenüber den BeamtInnen, Kündigung der Tarifverträge bei den Ländern, Erpressungsverhandlungen mit ver.di bei den Kommunen. Durch Privatisierung wird überall Tariffucht betrieben. Mit dieser Taktik versuchen sie die Beschäftigten zu spalten und zu schwächen. Eine Gewerkschaft ist dazu da, diese Spaltung aufzuheben. Ein Angriff auf eine Schicht von Beschäftigten muss als Angriff auf alle angesehen und gemeinsam zurückgeschlagen werden. Mit der Fortsetzung der Verhandlungen bei den Kommunen lässt die ver.di-Führung diese Spaltung zu und schwächt damit die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit. Jeder Monat der kampfflos verstreicht, erhöht

die Zahl der Beschäftigten, die bereits ohne Weihnachts- und Urlaubsgeld dastehen und bis zu 42 Stunden in der Woche arbeiten müssen. Die kampfflose Hinnahme der Verschlechterungen bei den BeamtInnen hat die Arbeitgeber ermutigt und ihnen überhaupt erst die Möglichkeit gegeben mit der Propaganda von der „Gerechtigkeitslücke“ die Angriffe auf Angestellte und Arbeiter auszuweiten. Arbeiten die Beschäftigten in den Uni-Kliniken 40 oder 41 Stunden in der Woche wird es umso schwieriger Arbeitszeitverlängerung in städtischen Kliniken abzuwehren. Wir haben kein Verständnis dafür, dass der ver.di-Vorstand die Kommunen als verlässliche Verhandlungspartner lobt. Alltäglich erfahren die Beschäftigten bei der Müllabfuhr, bei den Verkehrsbetrieben, in den Stadtverwaltungen und der städtischen Kliniken wie der Druck massiv erhöht wird: Abbau der letzten übertariflichen Leistungen, Privatisierungen und Tariffucht, Einstellungsstopp, Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitsverdichtung. Die verschärften Zumutbarkeitsregelungen und der Arbeitszwang zu 1 Euro Stundenlohn für Arbeitslose wird vor allem in den kommunalen Betrieben genutzt werden, um die Löhne und Arbeitsplätze einem ungeheuren Dumpingdruck auszusetzen.

**➔ Die Politik traut sich
fast alles! Was trauen wir
uns?**

Hunderttausende Beschäftigte des öffentlichen Dienstes haben bei den Warnstreiks in der Tarifrunde 2002/2003, bei vielen Demonstrationen und Warnstreiks in den letzten beiden Jahren in Berlin, Düsseldorf, Hannover, Wiesbaden, München, Saarbrücken und sonst wo ihre Kampfbereitschaft zum Ausdruck gebracht. In Hessen haben am 19.11.03 BeamtInnen gestreikt. In den baden-württembergischen Uni-Kliniken haben sich selbst Nicht-Organisierte an Warnstreiks beteiligt. Die Kündigung der Tarifverträge zur Arbeitszeit hatte einen beachtlichen Anteil daran, dass bei den Großdemonstrationen am 3.4. in Berlin, Köln und Stuttgart sehr viele Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst teilnahmen. Anstatt auf dieser Kampfbereitschaft aufzubauen, sie zu bündeln und bundesweit zusammenzubringen, geht die ver.di-Führung vor den Arbeitgebern in die Knie. Die gemeinsamen Pläne von

Bsirske, Schily und dem Beamtenbund zur Reform der Beamtenbesoldung sind ein verheerendes Signal dafür. Anfang Oktober – einige Tage nachdem die von der Bundesregierung verhängte unbezahlte Arbeitszeitverlängerung für die 370.000 BundesbeamtInnen in kraft trat, traten Schily und Bsirske in einmütiger Übereinstimmung an die Presse, um einen gemeinsamen Plan für die „Beamtenrechtsreform“ zu verkünden. In Geheimverhandlungen hatten sie sich geeinigt, dass die Verlängerung der Arbeitszeit und die Kürzungen bei den Sonderzahlungen bleiben. Damit nicht genug soll der Verheiratetenzuschlag und die Dienstalterstufen fallen. Die darauf freiwerdenden Gelder sollen zur Finanzierung für Leistungs- sprich Nasenprämien herangezogen werden oder versickern in den Haushaltslöchern. Wenn Frank Bsirske diese Regelung als „Meilenstein“ für die Modernisierung im öffentlichen Dienst verkauft dann sagt er damit, dass er unter Modernisierung genau das gleiche versteht wie die Arbeitgeber, nämlich Personalkosten-senkungen und Konkurrenz unter den Beschäftigten. Damit nicht genug, verstieg sich Frank Bsirske zu der Behauptung: „Das Konzept setzt Standards – auch für die Kommunen“. Damit wird klar, wenn die Basis sich nicht massiv einschaltet, kommt es für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zum größ-

**Am 16.12. tagt die
Bundestarifkommission**

Hier wird über das weitere Vorgehen über die Reform des Tarifrechts im öffentlichen Dienst (Prozessvereinbarung) und die Tarifrunde 2005 entschieden. Das Netzwerk wird in einem offenen Brief die Beendigung der Verhandlungen zur Prozessvereinbarung und die Kündigung der Gehaltstarifverträge und die demokratische Diskussion und Entscheidung über Forderungen für die Tarifrunde 2005 einfordern. Unterstützt uns dabei. Schickt Resolutionen an den ver.di-Vorstand, Bundestarifkommission und das ver.di-Tarifsekretariat. Fordert die Mitglieder der Bundestarifkommission aus Euren Bezirken auf, den Kapitulationskurs des ver.di-Vorstands und der Lenkungsgruppe nicht länger mitzumachen. Die Mitglieder der Bundestarifkommission könnt Ihr über das Netzwerk erfahren.

Fax Ver.di-Bundesvorstand: 030/69563956

Tarifsekretariat:

rainer.friebertshaeuser@verdi.de

Frank Bsirske: frank.bsirske@verdi.de

ten tariflichen Ausverkauf in der Nachkriegsgeschichte. Die streiklose Hinnahme einer Kündigung von Tarifverträgen nach der anderen, ist in diesem Zusammenhang kein Zufall. Obwohl es längst keine Friedenspflicht mehr für die Länderbeschäftigten gibt, lehnt die ver.di-Führung einen Streik bisher ab. Es wird behauptet, dass man Anfang nächsten Jahres zusammen mit den Beschäftigten der Kommunen kämpfen wolle. Inzwischen deutet sich an, dass unsere Spitzenfunktionäre aber die Gehaltstarifverträge für die Kommunen gar nicht kündigen und keine Forderungen für die Tarifrunde 2005 aufstellen wollen. Das würde bedeuten, dass die Friedenspflicht für die Kommunen weiterbesteht und die ver.di-Führung dies als Argument ins Feld führen wird, warum in den Kommunen nicht gestreikt werden darf. Wenn dann für die BeamtInnen die von Schily und Bsirske ausgeheckte Beamtenrechtsreform in kraft tritt, sind die Länderbeschäftigten isoliert. Ihnen wird man dann sagen, dass sie streikunfähig seien und damit sind die Horrorpläne der Arbeitgeber durch. Bei den Verhandlungen mit den Kommunen sind die ver.di-Verhandlungsführer – leider bisher abgesegnet durch die Tarifkommission – bereits über den Verhandlungstisch gesprungen und haben weitgehende Zugeständnisse angeboten: Niedriglohngruppe mit einem Armutslohn von 1.286 Euro Bruttolohn im Westen und 1.189,55 im Osten, Kürzung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld auf eine Sonderzahlung unterhalb 100% eines Monatslohn, Wegfall von Bewährungs- und Zeitaufstieg für alle und dafür leistungsabhängige Lohnbestandteile von bis zu 8% des Bruttolohns für wenige. massive Lohndrückerei. Von der vereinbarten „Kostenneutralität“ haben sie sich längst verabschiedet. Sie verlangen „Personalkostensenkung“. Sie haben längst jeden Skrupel aufgegeben, wenn es darum geht die Löhne zu drücken. Sie sehen sich durch das ständige Einknicken der Gewerkschaftsführung, durch die kampflöse Hinnahme von Tariffucht (beispielsweise Berlin oder Spartentarifvertrag ÖPNV) und der Agenda 2010 dazu ermutigt immer weiter zu gehen.

Geld ist genug da

Der gesellschaftliche Reichtum (Bruttoinlandsprodukt) ist in den letzten 10 Jahren (1993 bis 2003) um 500 Mrd Euro gestiegen. Die Reallöhne sind in der Zeit um 4% gesunken. Die Bezüge der Manager der Dax-Unternehmen um 167% gestiegen. Die Nettogewinne der Kapitalgesellschaften haben sich in der Zeit um 90% erhöht.

Die Einführung einer Vermögenssteuer auf Vermögen über 500.000 Euro würde fast 16 Milliarden in die öffentlichen Kassen bringen.

Würden die Gewinnsteuern im Jahre 2003 den gleichen Anteil am Steueraufkommen erbringen wie 1980, dann wären 62 Milliarden Euro mehr in den Staatskassen. (ISW-Wirtschaftsinof Nr. 36, 4/2004)

➔ Kurswechsel erkämpfen

Wir brauchen einen radikalen Kurswechsel in der Politik von ver.di und den Gewerkschaften insgesamt. Es darf keine Zugeständnisse mehr an die Arbeitgeberseite geben. Wir müssen den BAT und die entsprechenden Tarifverträge für ArbeiterInnen (BMT-G und MTArb) als Mindeststandard im gesamten öffentlichen Dienst und für alle Bereiche, die sich bisher an ihm orientiert haben, verteidigen. Sparten- und sonstige Sondertarifverträge sowie Öffnungsklauseln führen zwangsläufig zu Lohndumping, zur Spaltung und Schwächung unserer Kampfkraft.

Wir brauchen die Wiederherstellung der Tarifeinheit in allen traditionell BAT-gebundenen Bereichen, einschließlich der BeamtInnen. Die schlechteren Ost-Tarife müssen endlich voll auf West-Niveau angeglichen werden. Um dies zu erreichen, muss auch ein gemeinsamer Kampf aller ArbeiterInnen, Angestellten und BeamtInnen bei Bund, Ländern und Kommunen geführt werden. Und dieser Kampf muss jetzt organisiert werden. Die Politik der Zugeständnisse durch die ver.di-Führung muss von unten gestoppt werden. Wir müssen eine Streikbewegung von unten aufbauen, an der die Spitze nicht mehr vorbeikommt. Mit örtlichen, regionalen und landesweiten Streiks können Beispiele von Streikbereitschaft und Kampffähigkeit gesetzt und eine Perspektive für einen erfolgreichen Kampf aufgezeigt werden. Ein positives Beispiel liefern dafür die Hamburger ErzieherInnen. Sie haben ein „Bündnis der Beschäftigten in den Hamburger Kitas/Kigas“ gegründet. Es ist ein Kampfbündnis von gewerkschaftlich Organisierten und Nichtorganisierten. Diese Bündnis hat bereits im September und Oktober 2004 zweimal Demonstrationen von 8.000 bis 10.000 Beschäftigten und Arbeitsniederlegungen organisiert. Jetzt wird für Anfang 2005 ein hamburgweiter Kita-Streik vorbereitet. Solche Streiks können der Anfang sein für stadt- und landesweite Streiks. Lassen wir uns nicht einreden, der öffentliche Dienst hätte keine Kampfkraft. Im direkten und indirekten öffentlichen Dienst arbeiten 7 Millionen Beschäftigte. Wenn die Kita-Beschäftigten zusammen mit den StraßenbahnfahrerInnen, den Feuerwehrleuten, Flughafenbeschäftigten, Binnen- und Seehafenbeschäftigten, Krankenschwestern, Unbeschäftigten, Müllwerkern und Verwaltungsangestellten, Finanzbeamten, Schulhausmeistern, LehrerInnen, PolizistInnen und all den anderen im öffentlichen Dienst die Arbeit niederlegen, dann läuft kaum mehr was in dieser Gesellschaft. Dann werden die Politiker unweigerlich zu einem Rückzug gezwungen.



→ **Tarifrunde 2005 vorbereiten**

Es geht nicht nur darum die von den Arbeitgebern vollzogenen Verschlechterungen bei den BeamtInnen und Tarifbeschäftigten der Länder und das mit Hartz IV in Gang gesetzte Arbeitsplatzvernichtungs- und Lohndumpingprogramm 1-Euro-Jobs zurückzuschlagen. Es geht um die Verteidigung unseres Lebensstandards, unserer Reallöhne und Arbeitsplätze. Und es geht um die Verteidigung des öffentlichen Dienstes insgesamt. Dazu ist es notwendig in ver.di eine Mitgliederdiskussion in Gang zu setzen und Forderungen zu beschließen für die Tarifrunde 2005 und darüber hinaus.

→ **Wir sagen:**

- Nein zur Arbeitszeitverlängerung, egal ob 40/41/42-Std.-Woche
- Nein zu Lohnraub, Niedriglohngruppen und Privatisierung
- Nein zu Arbeitsplatzvernichtung und 1-Euro-Jobs
- Für einen bundesweiten Streik im Öffentlichen Dienst
- Für einen branchenübergreifenden Kampf aller Gewerkschaften gegen Sozialabbau, Lohnklau und Arbeitsplatzvernichtung

→ **Tarifrunde 2005**

Wir fordern, dass ver.di die Verhandlungen zur Modernisierung des Tarifrechts abbricht und den Gehaltstarifvertrag auf Ende Januar 2005 kündigt. Zur Verteidigung unsere Interessen halten wir den Kampf für folgende Forderungen für notwendig:

- Rücknahme aller gegen BeamtInnen und Landesbeschäftigten durchgeführten Maßnahmen (Arbeitszeitverlängerung, Kürzung bzw. Streichung Weihnachts- und Urlaubsgeld)
- 100 Prozent Weihnachtsgeld für alle, voller Erhalt des Urlaubsgeldes
- Gehaltsauszahlung am 15. jeden Monats
- Kein Abschluss von Sparten- oder anderen Absenkungstarifverträgen

Wir fordern eine deutliche Erhöhung der Löhne und Gehälter, um die steigenden Lebenshaltungskosten bewältigen zu können und die Reallohnverluste der letzten Jahre anzugehen:

- 250 Euro Festgeld, d.h. 250 Euro mehr im Monat für alle
- Mindestlohn von 2000 Euro brutto, das heißt Anhebung aller unteren Lohngruppen auf dieses Niveau
- 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich als Schritt in Richtung 30-Stunden-Woche
- Abschaffung aller Ost-Tarife und Schaffung einer Tarifeinheit für das gesamte Bundesgebiet
- Ausbildungsquote von zehn Prozent und unbefristete Übernahme in den erlernten Beruf

→ **Innergewerkschaftliche Opposition aufbauen**

Um eine erfolgreiche Bewegung von unten aufzubauen, um ver.di zu demokratisieren und zu einer kämpferischen Gewerkschaft zu machen, ist eine bundesweite Vernetzung aller kritischen und kämpferischen Personal- und Betriebsräte, Vertrauensleute und JugendvertreterInnen und Aktivistinnen notwendig. Wir fordern deshalb alle Kolleginnen und Kollegen auf, sich im „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di“ zu engagieren, lokale Gruppen des Netzwerks aufzubauen und mit uns zusammen für eine inhaltliche und personelle Alternative zur heutigen ver.di-Führung aktiv zu werden.

→ **Infos und Kontakt**

Alois Skrbina Tel.: 0201-2799210 • Steffi Nitschke Tel. 030/61656954 • info@netzwerk-verdi.de • Fax: (040) 41487009 •

www.netzwerk-verdi.de

Netzwerk vor Ort

Netzwerk-Gruppe Berlin

Treffen am 24.11. um 18 Uhr
im ver.di-Haus, Köpenicker Str.
30, Nähe Ostbahn, Raum 5.12;
Kontakt: Steffi Nitschke, Tel. 030/
61656954,
berlin@netzwerk-verdi.de

Netzwerk-Gruppe Hamburg

Treffen am 17.12. um 19 Uhr
im DGB-Haus, Besenbinderhof
(beim ZOB/Hbf)
Kontakt: Ianka Pigors
Tel. 040/41454184 oder
hamburg@netzwerk-verdi.de

Netzwerk-Gruppe Heidelberg

Kontakt über elgin.fischbach@ver
diHeidelberg.de

Netzwerk-Gruppe Köln

Treffen am 1.12. um 19.30 Uhr
im Naturfreundehaus Kalk,
Kapellenstr. 9 a (Hinterhaus)
Kontakt: Günter Hennes 02203/
22793, koeln@netzwerk-verdi.de

Netzwerk-Gruppe Kassel

Kontakt über Lorenz Blume,
Tel. 0561/8205149 oder
kassel@netzwerk-verdi.de

Netzwerk-Gruppe Stuttgart

Treffen am Montag, 22.11.04
um 18 Uhr in der Kellerschenke,
Kontakt: Ari Häcker, Tel. 0711/
6075443,
stuttgart@netzwerk-verdi.de

Kontakt nach Aachen: Jennifer

Wörl, Tel. 0241/5152687,
jenniwoerl@hotmail.com

Bremen: Vivien Mast, Tel. 0174/
9939702,
bremen@netzwerk-verdi.de

Hannover: Siggie Seidel,
hannover@netzwerk-verdi.de

Essen: Alois Skrbina, Tel. 0201/
2799210 oder 0160/94525867,
essen@netzwerk-verdi.de

Rostock: Maren Wiese, Tel.
0175/5035671